

Regierungsratsbeschluss

vom 13. Juni 2006

Nr. 2006/1122

**Langzeitpflege: Stossrichtungen Alterspolitik – Heimplanung 2012 Kanton Solothurn;
Kenntnisnahme vom Vernehmlassungsergebnis**

1. Vernehmlassungsverfahren

Mit Kantonsratsbeschluss vom 20. Februar 2001 wurde die Heimplanung 2005 auf den 01. Januar 2001 in Kraft gesetzt, verbunden mit dem Auftrag, dem Kantonsrat eine nachgeführte oder neue Heimplanung zu unterbreiten. Der Entwurf zur Vorlage „Heimplanung 2010“ (neu 2012) wurde vom Departement des Innern interessierten Kreisen zur Stellungnahme unterbreitet, die Frist endete am 31. Dezember 2005.

1.1 Eingereichte Stellungnahmen

Eine Stellungnahme haben eingereicht:

- Bürgergemeinde und Waldeigentümer Verband Kanton Solothurn
- CVP Kanton Solothurn
- FdP Kanton Solothurn
- Gemeinschaft Solothurnischer Alters- und Pflegeheime Kanton Solothurn
- Gesellschaft der Ärztinnen und Ärzte des Kantons Solothurn
- Graue Panther Solothurn und Umgebung
- Grüne Kanton Solothurn
- Pro Senectute Kanton Solothurn
- Psychiatrische Dienste des Kantons Solothurn
- Regionalplanung im Raume Grenchen–Büren
- Solothurnische Interkonfessionelle Konferenz, Grenchen
- SP Kanton Solothurn
- Spitex Verband Kanton Solothurn

- Verband Solothurner Einwohnergemeinden
- Verein Region Thal, Balsthal

2. Vernehmlassungsergebnis

Das Ergebnis ist im Schreiben des Departementes des Innern vom 30. März 2006 zusammengefasst und den interessierten Kreisen zugestellt worden. Es liegt in der Beilage vor.

3. Erwägungen

Die Auswertung der Stellungnahmen zeigt, dass der Entwurf zur Heimplanung 2012 weitgehend auf Zustimmung stösst. Kritisiert wurde teilweise die Bedeutung des vorgesehenen Leitbildes. Die Vorbringen werden, soweit sie sich mit den Absichten der Heimplanung in Übereinstimmung bringen liessen, berücksichtigt.

4. Beschluss

- 4.1 Von den eingegangenen Stellungnahmen wird Kenntnis genommen. Der Regierungsrat dankt allen Personen und Organisationen die sich am Vernehmlassungsverfahren beteiligt haben.
- 4.2 Das Departement des Innern (Amt für soziale Sicherheit) wird beauftragt, Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat auszuarbeiten.



Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Beilagen

Schreiben des Departementes des Innern vom 30. März 2006

Verteiler

Regierungsrat
Departement des Innern, Amt für soziale Sicherheit (4)
Aktuarin Sozial- und Gesundheitskommission